

Die Grünen

ALTERNATIVE FÜR EUROPA



Was wir wollen...

Einige Programmaussagen *

● Die Zukunft unseres Landes und die Zukunft ganz Europas ist bedroht. Deshalb rufen wir GRÜNEN zum Kampf um die Erhaltung und Erneuerung unserer natürlichen Lebensbasis auf. Tier- und Pflanzenwelt, Luft und Wasser, ja ganze Landschaften sind von der industriellen Zerstörung erfaßt und werden durch die vorherrschenden Methoden verkehrstechnischer Erschließung verschandelt. Die Menschheit als ganze ist der Möglichkeit militärischer Selbstvernichtung ausgesetzt. Die Europäische Gemeinschaft (EG) in ihrer gegenwärtigen Gestalt hat diesen Gefährdungen bisher nicht abgeholfen. In Teilbereichen hat sie den bedrohlichen Zustand eher verschlimmert, wofür nicht zuletzt das Fehlen jeglicher demokratischer Kontrolle der EG-Institutionen verantwortlich zu machen ist.

● DIE GRÜNEN fordern daher einen radikalen Wandel der Europäischen Gemeinschaft und bringen ihre Forderungen in die Wahlen zum ersten direkt gewählten Europäischen Parlament ein.

Was wir anstreben ist ein

- ökologisch orientiertes
- nicht nukleares
- nichtausbeuterisches

EUROPA DER REGIONEN, in welchem die Menschen und Institutionen

- umweltbewußt
- sozial
- basisdemokratisch und
- gewaltfrei

handeln und leben lernen.

● **Ökologische Ausrichtung bedeutet**, daß bei allen politischen Entscheidungen zuvörderst bedacht wird, ob sie die natürlichen Lebensbedingungen von Boden, Pflanze, Tier und Mensch stören bzw. zerstören oder erhalten bzw. wiederherstellen. Nicht auszuklammern sondern als zweitrangig sinnvoll einzuordnen sind bei allen politischen Entscheidungen Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Auf dem Weg zur politischen Gemeinschaft muß sich die EG also zugleich **von der EWG zur ÖWG** (ökologische Wirtschaftsgemeinschaft) wandeln.

Die ökologisch orientierte Politik der GRÜNEN beachtet die jedem Lebewesen von der Natur gezogenen Grenzen und sieht die Verantwortung der heutigen Generation für Leben und Zukunft des „Raumschiffs Erde“, seiner Menschen, Tiere, Pflanzen, seiner Wälder, Flüsse und Meere. Ökologische Politik in Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Europäer die Front wechseln; sie dürfen nicht mehr die Vorreiter des technisch-ökonomischen „Fortschritts“ sein, sondern sie müssen die **Schutzlinien der natürlichen Welt besetzen** und verbissen verteidigen wie das Bürgerinitiativen schon seit Jahren tun.

● Genehmigung, Bau, Betrieb und Export Atomarer Anlagen lehnen wir strikt ab. Die als Atomgemeinschaft verfaßte EG muß dem „faustischen Pakt“ mit dem Teufel der Atomkernspaltung im großtechnischen Maße abschwören. Die nächste Panne nach dem Muster von Harrisburg könnte sonst in Europa stattfinden mit Holocaust- und Horrorfolgen wie in Hiroshima und Nagasaki. Der Energieverbrauch kann durch Sparsamkeit stabilisiert und durch Alternativtechniken reduziert werden, ohne Einbußen im Lebensstandard. Rationeller Energieeinsatz schafft dauerhafte Arbeitsplätze. Das beweisen internationale Studien. Die EG muß daher in weit stärkerem Maße als bisher regenerierbare, sanfte, dezentral einsetzbare Energiequellen fördern sowie Anreize für das Energiesparen schaffen.

● **Ökologische Politik ist ihrem Wesen nach Friedenspolitik.**

Die Europäische Gemeinschaft muß ZIVILMACHT bleiben und zur Überwindung der aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Militärblocke beitragen. Mit allem Nachdruck lehnen wir die von dem bisherigen EG-„Parlament“ und der EG-Kommission befürwortete EG-Rüstungsagentur ab, weil sie den Keim zu einer integrierten Atomstreitmacht Westeuropa legen könnte und die internationalen Verhandlungen zur Begrenzung der Rüstung stören würde. Wir fordern einen AUSSCHUSS DES EU-

* Das vollständige Programm der GRÜNEN kann bestellt werden bei: DIE GRÜNEN, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Tel.: 0 22 21/23 30 21.

ROPÄISCHEN PARLAMENTS FÜR ABRÜSTUNG. Die neue europäische Abrüstungspolitik muß, nachdem alle bilateralen Bemühungen bisher gescheitert sind, als Politik der kalkulierten Vorleistungen angelegt werden (z. B. Verzicht auf Einführung neuer Waffensysteme).

● Die gesamteuropäische Verkehrsplanung muß umweltschonende, energiesparende und sichere Verkehrssysteme fördern. Dazu bevorzugen wir die **Schiene statt der Straße** und fordern die Entwicklung abgas- und lärmarmen Verkehrsmittel. Verkehrsberuhigte Modellstädte wie Delft (Holland) müssen weit stärker als bisher in der EG propagiert werden. Den Kommunen sind Anreize für die Nachahmung solcher Modelle und insbesondere für den Ausbau von Fahrradwegenetzen zu geben.

● Wir GRÜNEN treten für eine ökologisch angepaßte Kreislaufwirtschaft ein. An die Stelle des zerstörerischen Industriewachstums (mit Rückzugszonen für einige wenige) muß die Verbesserung der Lebensqualität für alle Menschen im europäischen Ballungsgebiet treten. Ziel einer neuen **Beschäftigungspolitik** muß es sein, die vorhandene Arbeit gerechter auf alle zu verteilen. Die Investitionen in der Wirtschaft müssen darauf gerichtet sein, nicht Arbeitskräfte sondern Energie und Rohstoffe einzusparen.

Die Wirtschaft ist auszurichten auf:

- die Verarbeitung regenerierbarer Naturprodukte
- die Erstellung dauerhafter, reparaturfähiger Güter
- die Wiederverwendung verbrauchter Waren und Abfälle
- die Rückführung der organischen Abfälle in den Naturkreislauf
- Ausbau der Dienstleistungen.

DIE GRÜNEN setzen sich für freie Berufswahl und gegen politisch motivierte Berufsverbote ein.

● Die Multinationalen Konzerne sollen durch einen Ausschuß des Europa-Parlaments kontrolliert werden. Langfristiges Ziel ist es, Großkonzerne zu entflechten, damit überschaubare, demokratisch geführte Betriebe entstehen.

● Die EG muß einen sichtbaren Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. DIE GRÜNEN treten für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft mit dem Ziel ein, eine **IM ALLTAG SPÜRBARE GLEICHHEIT VON MANN UND FRAU** herzustellen. Die am Geschlecht anknüpfende Diskriminierung in Familie, Arbeit, Politik, Kultur muß konsequenter als bisher bekämpft werden.

● Die Familie und alternative neue Lebensformen müssen gleichberechtigt als selbstbestimmte Einheiten und Basis der Dezentralisierungskette Staat - Region - Kommune - Nachbarschaft - erhalten und gefördert werden.

Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, daß die Eltern Zeit haben, mit ihren Kindern zu leben.

● Wir GRÜNEN fordern verfassungsmäßige Verankerung des Europäischen Rechts auf unversehrtes Leben, gesunde Nahrung, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, nichtdiskriminierte alternative Lebensformen, ein garantiertes Mindesteinkommen, die Ausübung kollektiver, gewaltfreier Kampf- und Interventionsformen (analog Streik, Stromzahlungsboykott, Platz-

besetzungen im Sinne des Beispiels Why!, Behinderungen wie beim Bohrbeginn in Gorleben.)

● Wir GRÜNEN fordern und praktizieren das Einüben gewaltfreier Formen des Austragens von Konflikten. Gewaltfreiheit ist unsere Stärke. Sie ist eine Haltung, die in jeder Lebenslage darauf bedacht ist, nicht wieder rückgängig zu machende Verletzungen an Leib-Seele-Leben von Menschen auszuschließen. Sie wirkt durch Beispiel. Wir fordern alle Mitglieder und Institutionen der EG auf, alle Maßnahmen zu unterlassen, die offen oder unterschwellig auf Gewaltausbrüche oder gewaltsame Formen des Austragens von Konflikten hinauslaufen. Wir fordern die Abschaffung und das Verbot von Kriegsspielzeug und die gezielte Förderung von Filmen und Fernseh-Sendungen, in denen gewaltfreies Verhalten propagiert wird.

● Die von der EG geförderte quantitative industrielle landwirtschaftliche Produktion muß wieder auf Qualität umgestellt werden. Wir fordern eine Rückbesinnung auf **die natürlichen Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion** mit folgenden Zielen:

- Sicherstellung der Ernährung bei Versorgungskrisen
- Erhaltung der dauerhaften Bodenfruchtbarkeit durch Schutz der Natur vor Ausbeutung und Raubbau.
- Sicherung der bäuerlichen Existenz und Erhaltung der wichtigen qualifizierten Arbeitsplätze in diesem primären Produktionssektor.
- Direkte, produktionsunabhängige Einkommenszahlungen mit entsprechendem Prämiensystem, soweit nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaues gewirtschaftet wird. Damit wird die soziale Sicherheit der Landwirte gefördert.

● Es kann keine realistische Hoffnung auf Frieden geben, solange es keine Hoffnung für die Armen der Welt gibt. Das Europa-Parlament muß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regionen und Staaten so gestalten helfen, daß diese Völker ihre ökologisch-agrarischen, technisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme selbst lösen können (Hilfe zur Selbsthilfe). Entwicklungshilfe im Sinne der Entwicklungsländer kann also nicht darin bestehen, hochtechnisierte und durchrationalisierte Industrien in die Billiglohnländer zu verlegen. Sie findet ihren solidarischen Ausdruck vielmehr darin, auch die Strukturen der Industrieländer zu verändern. Die Entwicklungshilfe wäre allerdings erst dann glaubwürdig, wenn die EG ihren ausbeuterischen Charakter aufgeben würde. DIE GRÜNEN fordern vor allem, daß die EG ihre Vermittlerdienste bei der Beschaffung von Uran aus Australien (zu Lasten der Ureinwohner) und aus Namibia einstellt. Ebenso treten wir für ein EG-weites Verbot des Exports von Waffen und nuklearen Anlagen ein.

● Für die nächsten europäischen Direktwahlen (1984) fordern DIE GRÜNEN ein einheitliches Wahlrecht für alle EG-Mitgliedsstaaten, Abschaffung der undemokratischen Wahlbarrieren (wie die 5%-Hürde in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland), grenzüberschreitende Wahlkreise für gewachsene Regionen oder solche Gebiete, die im Kampf gegen Industriezentren ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt haben (z. B. die Alemannen im badisch-elsässischen Grenzraum) gleichberechtigte Teilnahme der West-Berliner an den europäischen Direktwahlen. Ein Rat der Regionen soll als Zweite Kammer dem Europäischen Parlament an die Seite gestellt werden.

... wer wir sind



Petra Karin Kelly, 31, Diplom-Politologin, seit 1970 aktiv in der europäischen Frauen-, Friedens- und Anti-Atom-Bewegung. Unterstützte den Aufbau der irischen, japanischen und australischen Anti-Atombewegung. Seit 1971 Verwaltungsrätin im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG (Sozialpolitik, Gesundheits- und Arbeitnehmerfragen). Gründerin und Vorsitzende der „Grace P. Kelly-Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e. V.“. Redaktionsmitglied der Zeitschrift Forum Europa. Mitglied des BBU-Beirats mit z. Z. wegen der Kandidatur ruhendem Mandat.

Platz 1 der Liste.



Ersatzbewerber **Dr. Herbert Gruhl**, 57, Bundestagsabgeordneter und Autor des Bestsellers „Ein Planet wird geplündert“. Bauernsohn, erste Ausbildung Landwirtschaft, Krieg und Gefangenschaft. Abitur im Selbstunterricht. Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie. Kaufmännische Ausbildung. Als Angestellter in der Datenverarbeitung tätig. Seit 1969 MdB, besonders mit allen Umweltfragen und -gesetzen befaßt. Im Juli 1978 Austritt aus der CDU. Gründung und Vorsitz der „Grünen Aktion Zukunft“; Mitbegründer der politischen Vereinigung „Die Grünen“ in der Überzeugung, daß ein Überleben der Menschheit nur durch gemeinsames und schnelles Handeln aller ökologisch Denkenden zu erreichen ist.

Jürgen Marquardt, 42, Lehrer in Lüchow. 1 Jahr Studienaufenthalt in Irland. Half als Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg den Widerstand gegen Wiederaufbereitungsanlage und Endlager Gorleben organisieren. Gewann für die GLU 17,7% der Stimmen im Landkreis Lüchow-Dannenberg bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1978.

Platz 3 der Liste.



Roland Vogt (rechts) und Jürgen Marquardt (links) auf der Gorleben-Demonstration in Hannover am 31. März 1978 (Foto: Petra Kelly).

Roland Vogt, 38, Diplom-Politologe und Jurist. Mandat als geschäftsführender BBU-Vorsitzender ruht z. Z. wegen Kandidatur. Der Vater von 3 Kindern arbeitet seit Jahren in der Bürgerinitiativen- und der gewaltfreien Bewegung. Er fordert vor allem, daß die EG zu einer gewaltbefreiten Zivilmacht weiterentwickelt wird (keine Atomstreitmacht Westeuropa!). 1978 aus Protest gegen Atompolitik aus der SPD ausgetreten. Redaktionsmitglied der Zeitschriften Forum Europa und (der von ihm begründeten) „bbu aktuell“, Umweltmagazin, herausgegeben vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Verschiedene Veröffentlichungen zu den Themen Bürgerinitiativen, Friedens- und Konfliktforschung, Ökologiebewegung und gewaltfreier Widerstand.

Platz 2 der Liste.



Gerda Degen, 71, Studiendirektorin i. R., Studium der Biologie und Chemie; Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Pädagogik und der Gesundheitsführung, speziell der Ernährungsphysiologie. Kämpft seit Jahren unbeugsam gegen den Schnellen Brüter Kalkar. Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL). Mandat ruht während der Wahlen.

Ersatzbewerberin Platz 2.

Helga Vowinckel, 47, Lehrerin aus Koblenz. Frau Vowinckel ist Hauptklägerin vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich, das von derselben Firma (Babcock & Wilcox) betrieben wird wie der Katastrophen-Reaktor in Harrisburg/USA.

Ersatzbewerberin Platz 3.



Baldur Springmann, 66 Jahre. Er ist seit über 20 Jahren ein Bauer, der seinen Hof nach rein ökologischen Grundsätzen führt. Dort können seit einigen Jahren junge Leute ihren Zivildienst ableisten.

Platz 4 der Liste, 3. v. rechts untere Reihe „Familienfoto“.

Manfred H. Siebker, 53, Physiker und Philosoph; Publizist von Studien ökologischer Gesamtpolitik und Anthropologie. Neun Jahre Industrietätigkeit, 14 Jahre hoher EG-Beamter für Kernenergieförderung (bis 1973). Seit 1974 Techno-Dissident. Bereits 1957 aktiv gegen Atombewaffnung („Kampf dem Atomtod“); Gründungsmitglied und Vizepräsident der Europäischen Ökologischen Aktion (ECOROPA).

Ersatzbewerber Platz 4. Untere Reihe 2. v. links.

Joseph Beuys, 57 Jahre, Hochschullehrer und Bildhauer. International bekannter Künstler, der die Freie Internationale Universität (FIU) mitbegründet hat.

Platz 5 der Liste. Untere Reihe 1. v. links.

Ersatzbewerber: **Milan Horacek**, 32 Jahre, studiert in Frankfurt Politologie. Er emigrierte 1968 nach der Okkupation der CSSR und ist Mitherausgeber der Listy-Blätter, die die Charta 77 in der Bundesrepublik vertritt. Publizistische und Vortragstätigkeit.

Ersatzkandidat Platz 5. Obere Reihe 6. v. links.



Georg Otto, 50, Lehrer, Ratsherr in Eberholzen, 25 km vom Atomkraftwerk Grohnde entfernt.

Nach aktivem Kampf gegen den Aufbau des DDR-Zwangsregimes 10 Jahre Arbeit in der SPD zur Durchsetzung einer liberal-sozialen Wirtschaftspolitik.

Das Abriegeln energiepolitischer und wirtschaftspolitischer Vorstöße innerhalb der SPD führte anlässlich der vorgezogenen Kreistagswahl 1977 zum Ausscheiden aus

der SPD und zur Gründung der „Wählergemeinschaft Grüne Liste Umweltschutz“. Ihr damals noch begrenzter Erfolg löste die bundesweite Debatte über grüne Listen und Parteien aus und führte zur Gründung der GLU auf Landesbasis. Seit 23. 7. 78 Landessprecher der GLU, seit Bildung des GLU-Bundesausschusses provisorischer Sprecher der GLU.

Kandidiert auf Platz 6 der Liste.

Merete Mattern-Zimmermann, 49, Dipl.-Ing. War führend beteiligt an der Gründung der GEO Ges. für experimentelle und angewandte Ökologie. Aufgaben u.a. Förderung ökologischen Gedankenguts. Alternative Städte und Dörferplanung.

Ersatzkandidatin Platz 6, 2. v. links obere Reihe auf dem „Familienfoto“.

Maria Nikola, 47 Jahre, kaufm. Angestellte. Sie sieht es als Notwendigkeit an, sich der umweltzerstörerischen Politik der Wachstumsparteien entgegenzustellen.

Platz 7 der Liste.

Bernhard Sewald, 63 Jahre, Altbürgermeister. Engagierter Kommunalpolitiker gegen das Projekt Flughafen München II, das eines der größten Grundwasser-Reservoirs der Bundesrepublik gefährden würde.

Ersatzkandidat Platz 7.

Eva Quistorp, 33 Jahre, ist seit 1975 im kirchlichen Dienst in Berlin tätig. Sie kommt aus der Bürgerinitiativen-Bewegung und engagiert sich in der von ihr mitbegründeten Gruppe „Frauen und Ökologie“ und in den Freundeskreises Lüchow-Dannenberg.

Platz 8.

Helmut Ostermeyer, 49 Jahre, Richter. Juristischer Berater der Bürger-Initiativen für Demonstrationsrecht. Verfasser des Buches: „Die Revolution der Vernunft“.

Ersatzkandidat Platz 8.

Carl Amery, 56, Schriftsteller, das bekannteste seiner Bücher „Natur als Politik“ hat alte Denkstrukturen aufgebrochen. Setzt sich seit langem für die Einheit der Grünen Bewegung ein und unterstützt diese bei Wahlen.

Platz 10.

Dr. Wilhelm Knabe, 56 Jahre, Mitarbeiter der Landesanstalt für Ökologie. Experte auf dem Gebiet der Umwelteinflüsse durch Kernkraftwerke.

Ersatzkandidat Platz 10. Obere Reihe, 5. von links.



Erna Lämmermann, 64, Sozialpädagogin. 10 Jahre Leiterin eines Therapieheims für verhaltensgestörte Kinder; parallel zur Bedrohung unserer Umwelt geht die der Innenwelt der Heranwachsenden (Verhaltensstörungen, Jugendkriminalität, Kinderselbstmorde...) durch zerstörende, krankmachende Tendenzen. Notwendig: neue Wege in der Pädagogik – eine menschengemäße Pädagogik und Medizin sowie eine Ernährung frei von chemischen Rückständen oder Zusätzen!

Platz 9 der Liste.



Dieter Burgmann, Nürnberg, 40, verheiratet, 2 Kinder. Beruf: Maschinenbauingenieur, tätig als Konstrukteur im Motorenbau. Politisch aktiv als Vorsitzender des AUD-Landesverbandes Bayern. Als Gewerkschafter und Betriebsrat (IGM) habe ich

Leistungsdruck, menschenunwürdige Arbeitsplätze, Abhängigkeit, Sorge und Nöte der Arbeitnehmer kennengelernt. Deshalb werde ich in der grünen Bewegung vor allem dafür eintreten, daß sie die Probleme der arbeitenden Menschen zu den ihren macht, denn nur dann kann sie die Arbeitnehmer ansprechen und nur dann wird sie sich wirklich durchsetzen und Erfolg haben!

Ersatzkandidat Platz 9.

Die Grünen sind ein Zusammenschluß von:

- Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)**
- Grüne Aktion Zukunft (GAZ)**
- Grüne Liste Umweltschutz (GLU)**
- Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH)**
- Aktion 3. Weg (A3W)**
- Freie Internationale Universität (FIU)**
- und Mitgliedern von Bürgerinitiativen**

Wir GRÜNEN sind eine Internationale Familie.

Der Umweltschutz kennt keine Grenzen. So haben wir uns auch über die alten nationalstaatlichen Barrieren hinweg im Kampf gegen lebensbedrohende Industrieprojekte, Militarisierung und v. a. atomare Anlagen zusammengeschlossen. Auf dem „Familienfoto“: obere Reihe von links: Mark Dubrulle, Listenführer der flämischen ökologischen Europawahlliste, Merete Mattern, Luc Versteyle, fläm. Liste, Petra Kelly, Wilhelm Knabe, Milan Horacek, Jonathan Tyler, Vorsitzender der Ecology Party, Großbritannien, als Kandidaten der holländischen „Politischen Partei der Radikalen (PPR) Maurits Henkemann und Ad Melkert; untere Reihe: Joseph Beuys, Manfred Siebker, Solange Fernex, Listenführerin der französischen grünen Liste „Europe Ecologie“, Baldur Springmann, Gerda Degen, Marco Panella, Listenführer der Partito Radicale, Italien. Unten sitzend: Roland Vogt.



Foto: Martha Kremer, Luxemburg